

Michael Damanakis

**Entstehung von “Parallelgemeinden”  
und “Parallelnetzen” und ihre  
bildungspolitische Rolle:  
Das Beispiel der griechischen  
Privatschulen in Nordrhein-Westfalen**

In: Ingrid Gogolin, Marianne Krüger-Potratz, Katharina Kuhs,  
Ursula Neumann und Fritz Wittek (Hrsg.)

Migration und sprachliche Bildung

Εκδόσεις: WAXMANN

Münster 2005

## III. Sprachliche und Interkulturelle Bildung

*Hanns Petillon*

Interkulturelles meets soziales Lernen.....151

*Ton Vallen*

Sprache und Testfairness: Potenzielle linguistische Quellen von Item Bias für Schüler aus ethnischen Minderheitsgruppen in den CITO-Abschlusstests der niederländischen Basisschule .....169

*Tülin Polat, Nilüfer Tapan*

Die Implementation des Deutsch-als-Fremdsprache-Curriculums in der Lehramtsausbildung in der Türkei – Ein Weg zur Mehrsprachigkeit – .....185

*Milena Hienz de Albentis*Die Mutter aller zweisprachigen Schulen:  
Die Deutsch-Italienische Gesamtschule in Wolfsburg (DIGS).....195*Katharina Kuhs*

Deutsch als Zweitsprache im Elementarbereich: Ansätze zur Sprachförderung..205

*Annette Kliewer*

„Iwwer de Rhoi“: Dialekt und Mehrsprachigkeit im Unterricht an der deutsch-französischen Grenze. ....219

## IV. Mehrsprachigkeit im Kontext

*Dieter Oberndörfer*

Sprache und Nation.....231

*Günther List*

„Bilingualität für das jeweils einzelne Migrant\*innenkind“: Zur Wanderungsgeschichte des Themas Zweisprachigkeit im 19. und 20. Jahrhundert .....249

*Wilfried Stölting*

Staatliche Sprachenpolitik und politische Gegenwehr – der Fall des ‚Sprachtests‘ für Spätaussiedler.....261

*Sjaak Kroon*

Bilder von Muttersprachenunterricht.....275

*Michael Damanakis*

Entstehung von „Parallelgemeinden“ und „Parallelnetzen“ und ihre bildungspolitische Rolle: Das Beispiel der griechischen Privatschulen in Nordrhein-Westfalen. ....291

*Fritz Wittek*

„So genau weiß das keiner!“ – Erinnerungen an den europäischen Mehrwert ....305

Autorinnen und Autoren .....325

*Michael Damanakis*

## **Entstehung von „Parallelgemeinden“ und „Parallelnetzen“ und ihre bildungspolitische Rolle: Das Beispiel der griechischen Privatschulen in Nordrhein-Westfalen.**

*Vor genau 26 Jahren lernte ich im Rahmen eines Fortbildungsseminars für griechische Lehrer in Nordrhein-Westfalen die damalige ALFA-Triade, Hohmann/Reich/Boos-Nünning, sowie andere ALFA-Kolleginnen und -Kollegen kennen. Kurz danach, im Sommersemester 1979, bekam ich auf Vorschlag von Hans H. Reich einen Lehrauftrag an der damaligen PH Neuss und anschließend wurde ich einer der Hauptmitarbeiter des Aufbaustudienganges „Lehrer für Kinder mit fremder Muttersprache“, der von der EWH Landau und der Universität Mainz getragen und von Hans H. Reich geleitet wurde. Seitdem existiert zwischen uns nicht nur eine kontinuierliche Kooperation, sondern auch eine tiefe Freundschaft. Der Vorschlag, zur vorliegenden Festschrift beizutragen, war mir daher mehr als willkommen.*

In den 1970er Jahren fand in Nordrhein-Westfalen (NRW) auf Druck der griechischen Elternvereine ein Umwandlungsprozess der Vorbereitungsklassen in Kurzform (Verbleibdauer bis zwei Jahre) zu Vorbereitungsklassen in Langform (Verbleibdauer vier oder sechs Jahre) statt. Dieser Umwandlungsprozess bereitete den Boden für die Einrichtung von griechischen Privatschulen zu Beginn der 1980er Jahre durch die damalige griechische PASOK-Regierung (PASOK = Panhellenische Sozialistische Bewegung).

Seitdem existieren in Nordrhein-Westfalen so wie in anderen Bundesländern zwei Hauptformen von griechischem Unterricht: der Unterricht in den genannten Privatschulen, in denen die Schüler ihre Schulpflicht erfüllen, und der Muttersprachliche Zusatzunterricht für die in den deutschen Regelklassen integrierten griechischen Schüler. Der erste wird von den griechischen diplomatischen Vertretungen beaufsichtigt, während der Muttersprachliche Unterricht der nordrhein-westfälischen Schulaufsicht unterliegt.

Laut Statistiken der griechischen Botschaft und des griechischen Generalkonsulats in Düsseldorf sowie des Kultusministeriums besuchten in NRW im Schuljahr 1997/98 13.096 griechische Schüler allgemeinbildende deutsche Regelklassen des Primar- und Sekundarbereichs, während in den griechischen Privatschulen 2.956 Schüler unterrichtet wurden. Im selben Schuljahr besuchten auf Bundesebene 7.507 Schüler griechische Privatschulen und 31.520 Regelklassen in den deutschen allgemeinbildenden Schulen (s. hierzu die Analysen von DAMANAKIS 1999 und 2003).

Gegenstand des vorliegenden Beitrags sind zwei Untersuchungen, die in den Jahren 1986 und 1998 in den genannten zwei Schulformen in Nordrhein-Westfalen durchgeführt worden sind.

Im Jahre 1986 habe ich eine Befragung in den griechischen Privatschulen von Düsseldorf und Wuppertal sowie in einer Reihe von Muttersprachlichen Kursen des Landes durchgeführt. Sie bezog sich auf die Rahmenbedingungen des Unterrichts, die Einstellung der Schüler gegenüber dem Muttersprachlichen Unterricht, den Sprachgebrauch der Schüler in verschiedenen Kommunikationssituationen und auf besondere Bildungsprobleme.

Im Jahre 1998<sup>1</sup> wurde eine follow-up Erhebung durchgeführt<sup>2</sup>, deren Ziel es war zu untersuchen, ob und welche Änderungen in der Zwischenzeit von zwölf Jahren stattgefunden haben. Folgende Entwicklungen waren festzustellen:

In den 1990er Jahren fand eine neue Wanderung aus Griechenland nach Deutschland statt, die zu einem Anwachsen der griechischen Bevölkerung in Deutschland von 320.200 (1990) auf 365.400 (2000) führte. Die Familien der Neu-Einwanderer schickten ihre Kinder mehrheitlich auf die griechischen Privatschulen. Im Jahre 1998 waren 42 % der Väter und 45 % der Mütter der Kinder in den griechischen Privatschulen in Düsseldorf und Wuppertal Neu-Einwanderer.<sup>3</sup> So stieg sowohl das durchschnittliche Bildungsniveau der Eltern als auch ihr Berufsstatus. Insbesondere nahm die Zahl der Selbständigen auf 30 % der Väter zu. Die Selbständigen und die Angestellten waren stark auf Rückwanderung orientiert und betrachteten ihren Aufenthalt in Deutschland als provisorisch. Der Grund für die Wahl der griechischen Privatschulen war in der Regel die besondere und im Vergleich zur Aufnahmeprüfung der Absolventen in Griechenland leichtere Aufnahmeprüfung in die griechische Universität für Absolventen der griechischen Lyzeen in Deutschland. Die Eltern legitimierten aber zugleich ihre Entscheidung für die griechischen Privatschulen kulturell und ideologisch.

Im Zeitraum zwischen 1986 und 1998 lässt sich im Hinblick auf den Gebrauch der deutschen und der griechischen Sprache eine unterschiedliche Entwicklung in den griechischen Privatschulen und den Muttersprachlichen Kursen beobachten: In ersteren ging der Gebrauch der deutschen Sprache als Kommunikationscode zwischen den

---

1 Sowohl die Untersuchung von 1986 als auch jene von 1998 wurden im Rahmen von Bildungsprojekten, die von der EU und dem griechischen Erziehungsministerium finanziert wurden und sich auf die Bildung der griechischen Kinder im Ausland bezogen, durchgeführt.

2 Stichproben von Schülern und Eltern in den griechischen Privatschulen von Düsseldorf und Wuppertal:  
1986: Düsseldorf: 171 Schüler der Klassen 4 bis 6, 155 Eltern; Wuppertal: 189 Schüler, 111 Eltern.  
1998: Düsseldorf: 162 Schüler der Klassen 4 bis 6, 80 Eltern; Wuppertal: 151 Schüler, 122 Eltern.

3 Als Neu-Einwanderer werden jene Personen bezeichnet, die weniger als zehn Jahre in Deutschland lebten.



Kindern und mit ihren Eltern zugunsten des Griechischen zurück. Der Gebrauch des Griechischen nahm in der Zwischenzeit so stark zu, dass die griechische Sprache fast der ausschließliche Kommunikationscode in der Familie und in der Schule wurde. Im Gegensatz dazu kommunizierten die Schüler der Muttersprachlichen Kurse untereinander und mit ihren Eltern hauptsächlich in Deutsch, der Gebrauch des Deutschen nahm zu Lasten des Griechischen zu.

In der gleichen Zeit ging der Prozentsatz der Schüler in den Muttersprachlichen Kursen zurück, so dass im Jahre 1998 nur noch 53 % der griechischen Schüler, die deutsche Regelklassen besuchten, zugleich in den Muttersprachlichen Kursen Griechisch lernten, während im Jahre 1986 der entsprechende Prozentsatz noch ca. 70 % betragen hatte.

Die Schülerinnen und Schüler der beiden Schulformen unterscheiden sich demnach in mehrerer Hinsicht: Die Schüler der griechischen Privatschulen sind zum großen Teil Kinder von Neu-Einwanderern, besuchen von Anfang an und ausschließlich griechische Schulen, kommunizieren in der Regel in Griechisch und nur selten in beiden Sprachen, sind an ihre Kolonie gebunden und orientieren sich stark nach Griechenland (Rückkehrwunsch). Die gleichaltrigen Griechen in den Muttersprachlichen Kursen sind dagegen in der Regel in Deutschland geboren und aufgewachsen, besuchen deutsche Schulen, kommunizieren in der Regel in beiden Sprachen oder nur in Deutsch. Sie orientieren sich zwar nicht nach Griechenland im Sinne eines „Rückkehrwunsches“, pflegen aber Beziehungen zu Griechenland und haben eine starke emotionale Bindung an die griechischen Kultur.

Die Schülerinnen und Schüler der Muttersprachlichen Kurse bewegen sich zwischen zwei Schul- und soziokulturellen Systemen und sind in diesem Sinne interkulturell orientiert, während die Schüler der griechischen Privatschulen sich in einem sozialen Feld bewegen, das sich rund um diese Schulen gebildet hat. Ich bezeichne diese als „Parallelgemeinden“ (s. hierzu auch DAMANAKIS 2003).

### „Parallelgemeinden“

Um die Gründe zu analysieren, die zur Bildung von „Parallelgemeinden“ im Umfeld der griechischen Privatschulen geführt haben, sollen zunächst die Begriffe Kolonie (παρουκία) und Gemeinde (κοινότητα) erörtert werden. Den Begriff Kolonie verstehe ich als Instrument zur Beschreibung und Analyse einer Menge von Personen, die in einer Region außerhalb des Herkunftslandes leben und sich selbst aufgrund von ethnokulturellen und/oder religiösen Charakteristika als verschieden von der herrschenden sowie von anderen ethnokulturellen Gruppen definieren. Die reale oder virtuelle ethnokulturelle Differenz dient zugleich als Differenzierungskategorie zur Abgrenzung von anderen Gruppen und als Identifizierungskategorie mit der eigenen sowie der Herkunftsgruppe.

Jede Person, die sich als Trägerin derselben ethnokulturellen Charakteristika wie die der Kolonie versteht, gehört zur Kolonie, unabhängig vom Grad der Teilnahme und Mitwirkens im Kolonieleben. Der Zusammenschluss der Kolonienmitglieder in Organisationen aufgrund von speziellen Subcharakteristika, wie beispielsweise ethno-regionale (Verein der Kreter, der Makedonier u.s.w.), soziale, ökonomische, politische (griechische Zivilgemeinde), religiöse (Griechisch-Orthodoxe Gemeinden), berufliche (Berufsverbände) oder andere gemeinsame Interessen (Sportvereine, Elternvereine u.s.w.) führt zur Formierung von Gemeinden.

Im Gegensatz zur Kolonie, die locker organisiert ist, sind Gemeinden durch eine gewisse Intimität und aktive Teilnahme ihrer Mitglieder sowie durch eine straffe Strukturierung charakterisiert. Während die Kolonie in vieler Hinsicht heterogen ist, decken die Gemeinden in der Regel nur einen Sektor der sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Lebensbedürfnisse ab und wirken dadurch homogener.

Aus dieser Definition ergibt sich, dass eine Kolonie aus vielen Gemeinden, oder anders formuliert, aus vielen Organisationen besteht, die jeweils einen Teil der Koloniebedürfnisse befriedigen. Sobald eine Organisation sämtliche Bedürfnisse der Kolonie zu befriedigen versucht und als alleinige Sprecherin und Vertreterin der Kolonie zu fungieren beansprucht, kommt es zu internen Konflikten. Klassische Beispiele solcher Koloniekonflikte sind die Konflikte zwischen den griechischen „Zivilgemeinden“ und den „Kirchengemeinden“ in Australien (TAMIS 2001), teilweise auch in Kanada (KONSTANTINIDIS 2004) und in Deutschland (DAMANAKIS 1987, S. 65 ff).

Obwohl die griechisch-orthodoxe Kirche vor der Bildung der Kolonien existierte und in ihre Kirchengemeinden fast alle Griechen einbezieht, kann auch sie nicht als die alleinige Sprecherin und Griechenvertreterin gegenüber den Institutionen des Herkunfts- und Aufnahmelandes agieren. Ebenso ist sie nicht in der Lage, alle Bedürfnisse der Kolonienmitglieder zu befriedigen. Sie werden in der Regel durch die jeweils zuständigen Institutionen des Herkunftslandes und vor allem des Aufnahmelandes befriedigt. Trotz der obigen Einschränkungen ist die griechisch-orthodoxe Kirche die einzige Instanz in Deutschland, die wenigstens in Hinsicht auf die Religiosität fast alle Griechen vertreten und somit als eine Art universalistische Instanz fungieren kann.

Die Interventionsmöglichkeiten der Kirche könnten zu der Annahme führen, dass die Kirche einer der Hauptfaktoren zur Bildung von „Parallelgemeinden“ sei. Bevor auf diese Annahme eingegangen wird, soll aber das Verhältnis zwischen den Begriffen „Kolonie“ (παροικία), „Parallelgesellschaften“ und „Parallelgemeinden“ geklärt werden.

Der Begriff „Parallelgesellschaft“ wird in Deutschland in unmittelbarem Zusammenhang mit der Ausländerpräsenz diskutiert (OBERNDÖRFER 2001, BIELEFELDT/HEITMEYER 2000, HEITMEYER/MÜLLER/SCHRÖDER 1997, MÜLLER-MAHL 2000), was auch für den Begriff „Kolonie“ der Fall ist (z.B. HECKMANN 1981 und 1991).

Nach HECKMANN (1991, S. 26) wird eine Kolonie konstruiert, damit sie bestimmte Bedürfnisse vor allem der ersten Migrantengeneration befriedigt. Sie kann aber auch Ergebnis einer Transferierung von bereits existierenden sozialen Beziehungen und Netzen im Herkunftsland auf das Aufnahmeland sein (HECKMANN 1994, S. 149; MÜLLER-MAHL 2000). Obwohl die Kolonie außer der Wärme und dem Sicherheitsgefühl, die sie den Kolonienmitgliedern gibt, auch materielle Bedürfnisse befriedigen und zugleich als Sozialisationsinstanz funktionieren kann, stellt sie „keine selbstgenügsame oder gar autonome Gesellschaft“ (HECKMANN 1994, S. 150) dar, sondern fungiert als eine „Zwischenwelt“ zwischen der Herkunfts- und der Aufnahmegesellschaft.

Im Gegensatz hierzu scheint der Begriff „Parallelgesellschaft“ eine Situation beschreiben zu wollen, in der „ein großer Teil der Subjektbedürfnisse innerhalb der Gemeindegrenzen und zwar mit eigenen Mitteln der betreffenden Gemeinde befriedigt wird“ (GOTOWOS 2002, S. 8).

Von besonderem Interesse ist, dass der Begriff „Parallelgesellschaften“ in Deutschland in unmittelbarem Zusammenhang mit der Einrichtung und Funktion von Moscheezentren in großen Ballungsgebieten, wie Berlin, Dortmund, Mannheim, diskutiert wird. Die Einrichtung von solchen religiösen Zentren scheint mit einer gewissen Angst der einheimischen Bevölkerung verbunden zu sein, denn „der Kampf um kulturelle bzw. religiöse Identität ist zugleich ein Kampf um kulturelles Heimatrecht“ (BIELEFELD/HEITMEYER 2000, S. 255). Mit religiösen Gemeinden als Kerne von „Parallelgesellschaften“ scheint in den Augen der einheimischen Bevölkerung mehr als Institutionen zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse verbunden zu werden; sie stellen in ihren Augen „parallele“, d.h. autonome und vom Gesellschaftskörper abgetrennte Gesellschaften dar. Dies sei negativ zu beurteilen, weil dadurch die Gesellschaft zersplittert und der Gesellschaftszusammenhang bedroht werde.

Auf der anderen Seite gibt es die Argumentation, wonach die Existenz von Parallelgesellschaften kein neues Phänomen sei. Diese seien sogar legitim, solange die Aufnahmegesellschaft gewisse Bedürfnisse einer ethnischen und/oder religiösen Gruppe nicht befriedige (s. z.B. OBERNDÖRFER 2001, S. 21 ff.).

Gemäß einer dritten Auffassung hinge die Konzentration von ethnischen Gruppen in bestimmten Wohnvierteln mit der Armut und der sozialen Ungleichheit unmittelbar zusammen und solle daher in diesem Sinne analysiert und verstanden werden (BOOS-NÜNNING 2002).

Wenn man „Parallelgesellschaften“ als eine Menge von Personen bezeichnet, die institutionell und sozial so organisiert sind, dass sie völlig oder teilweise mit eigenen Mitteln ihre ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Bedürfnisse befriedigen können, ist es offensichtlich, dass solche Gesellschaften tatsächlich in Ländern wie Kanada, der Schweiz oder Belgien existieren. Dagegen hat der Begriff der Parallelgesellschaft in Ländern, die wie Deutschland im Sinne eines einheitlichen Nationalstaates organisiert und zugleich multikulturell sind, keine reale Basis und spiegelt vielmehr die Einstellungen, Vorurteile und Stereotypen der Majoritätsgruppe wider.

Aus dieser Analyse ergibt sich also, dass die Begriffe *Kolonie* und *Parallelgesellschaft* nicht identisch sind. Der Klarheit wegen benutze ich weiterhin den Begriff *Kolonie*, so wie er oben definiert wurde. Um hingegen Prozesse zu beschreiben, die zur Autonomie und Segregation innerhalb der Gesamtgesellschaft führen, verwende ich den Begriff *Parallelgemeinde*. Er soll eine Teilmenge von Kolonienmitgliedern bezeichnen, die aufgrund von bestimmten Kriterien und Interessen institutionell und sozial so organisiert sind, dass sie mit eigenen Mitteln teilweise oder vollständig bestimmte Teilbedürfnisse befriedigen können.

Eine Kolonie kann demnach sowohl aus Gemeinden bzw. Organisationen bestehen, die ihren Mitgliedern zur Integration verhelfen, als auch aus Parallelgemeinden, die ihre Mitglieder zur Segregation hin bewegen.

### Griechische Kolonien und die griechisch-orthodoxe Kirche in Deutschland

Sowohl in Düsseldorf als auch in Wuppertal existieren außer der griechisch-orthodoxen Kirche, die über eigene Kulturzentren (πνευματικά κέντρα) verfügt, gut organisierte Zivilgemeinden, Elternvereine, Sport- und Kulturvereine, ethnoregionale Vereine (z.B. Verein der Kreter) sowie andere Interessengemeinschaften. Alle diese Organisationen treten nicht mit dem Anspruch auf, alle Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu befriedigen, wozu sie weder finanziell noch von ihrem institutionellen Status und ihrer Organisation her in der Lage sind. Der institutionelle Status, die Struktur und vor allem die Ressourcen der einzelnen Organisationen und der Kolonien als Ganzes reichen keinesfalls zur vollständigen Bedarfsdeckung ihrer Mitglieder aus. Keine Kolonie beispielsweise verfügt über eine einheitliche Gesamtführung, die von allen oder wenigstens von der Mehrheit der Kolonienmitglieder akzeptiert wird. Wenn es eine Institution gibt, die die strukturellen und organisatorischen Voraussetzungen erfüllt und teilweise über Mittel verfügt, um als Führungskraft für die Gesamtkolonie agieren zu können, dann ist dies die griechisch-orthodoxe Kirche, die als die dritte christliche Kirche in Deutschland offiziell anerkannt worden ist. Die griechisch-orthodoxe Kirche erfüllt jedoch zuallererst die religiösen Bedürfnisse ihrer Mitglieder. Außerdem lassen ihr ökumenischer Geist und ihre bisherige Praxis keinen Raum zur Förderung von Parallelgemeinden oder gar Parallelgesellschaften. Die griechisch-orthodoxe Kirche fungiert nicht als Segregationsinstanz, sondern als Faktor für die Integration der Griechen in die Aufnahmegesellschaft.

Aus diesen Gründen unterstützt die griechisch-orthodoxe Kirche auch nicht die griechischen Privatschulen, denn obgleich sie die Möglichkeit hätte, private Konfessionsschulen einzurichten, wurde bisher keine solche Initiative ergriffen. Im Gegenteil scheint die Kirche sehr skeptisch und distanziert gegenüber jeder Schulform zu stehen, die zur Segregation führen könnte.

## Parallelgemeinden, Parallelnetze und der Nationalstaat

Wenn aber doch von der Existenz von „Parallelgemeinden“ im Umfeld der griechischen Privatschulen gesprochen werden kann, wie die oben referierten Ergebnisse unserer Untersuchungen in NRW nahe legen, hängt dies unmittelbar mit der Vergabe der Studienplätze in den Universitäten und Fachhochschulen Griechenlands zusammen.

Laut Gesetz 1351/1983 (FEK 561) sind 4 % der Studienplätze für die Kinder der Auslands griechen reserviert worden. Diese Plätze werden aufgrund einer speziellen Aufnahmeprüfung vergeben. Dieses Privileg ist eine starke Motivation für die Eltern, ihre Kinder in die griechischen Privatschulen zu schicken und trägt wesentlich zu deren Existenz bei. Wie wachsam die Elternvereine sind und wie stark sie diese Sondermaßnahme beschützen, zeigen ihre Protestaktionen in den Jahren 1996 und 1997, als die griechischen Privatschulen im Ausland ab dem Schuljahr 1997/98 nach und nach abgeschafft werden sollten (nach Paragraph 14, Artikel 8 des Gesetzes 2413/1996). Die straff organisierten und gut aufeinander abgestimmten Protestaktionen der Elternvereine vor allem aus Deutschland führten zur Aufhebung der Regelung von 1996 durch das Gesetz 2621/1998, Artikel 3. Dieser Erfolg der Elternvereine gegenüber der griechischen Regierung lässt eine doppelte Schlussfolgerung zu: Erstens agieren die Eltern als eine straffe und dynamische „Interessengemeinschaft“ und zweitens ist ihre bildungspolitische Rolle entscheidend.

Auf diese bildungspolitische Rolle werde ich zurückkommen. Zuvor soll jedoch skizziert werden, wie diese Interessengemeinschaften funktionieren, wie sie sich rückkoppeln und selbst erhalten. Zu diesem Zweck werde ich auf den Begriff der sozialen Netze, so wie er von DERTILIS (2000, S. 120 ff) verstanden wird, zurückgreifen.

Die Einrichtung von griechischen Privatschulen in Deutschland ist auf die Bildungspolitik der ersten PASOK-Regierung<sup>4</sup> zurückzuführen. Diese Politik hängt ihrerseits unmittelbar mit der Tätigkeit und der Organisation der Partei in Deutschland zusammen, da die meisten Elternvereinsfunktionäre zugleich Parteifunktionäre waren. So ist es im Jahre 1982 zu der Einrichtung von griechischen Privatschulen vor allem im Bundesland NRW, wo ein Drittel der Griechen lebt, gekommen (s. hierzu MICHELAKAKI 2001).

In jeder Privatschule wurde als Kern der Schulgemeinde ein Elternverein gegründet. Die jeweilige Schulgemeinde beschränkte sich jedoch nicht auf den Elternverein, sondern schloss in ihre Reihen die Schüler, die Lehrer, künftige Elternvereinsmitglieder und Sympathisanten aus der Zivilgemeinde sowie die anderen Kolonieorganisationen ein, so dass nach und nach ein Netz entstand.

---

4 PASOK = Panhellenische Sozialistische Bewegung, eine der zwei großen politischen Parteien Griechenlands. Sie regierte das Land von 1981–1989 sowie von 1993–2004.



Obwohl die Parteiorganisationen von PASOK sowie die Elternverbände auf Landesebene weiterhin existieren, scheinen sich die Netze, die sich um die griechischen Privatschulen formieren, verselbstständigt zu haben und für sich eine eigene bildungspolitische Rolle zu beanspruchen. Die Eltern jeder Privatschule suchen Sympathisanten und Partner unter den anderen Kolonieorganisationen, so dass sie mit deren Unterstützung ihre eigenen Interessen besser vertreten und vorantreiben können. Dadurch wird ein Akteurenetz mit gemeinsamer Ideologie und gemeinsamen Zielen aufgebaut. Der Kern des jeweiligen Netzes besteht aus den Elternvereinsmitgliedern.

Gleichzeitig gibt es eine enge Kooperation zwischen den Schulgemeinden der Privatschulen, wie beispielsweise zwischen den griechischen Privatschulen von Düsseldorf, Wuppertal und Bielefeld, so dass ein interregionales Netz von gleichartigen Organisationen/Gemeinden entstanden ist. Dies ist wiederum mit dem nationalen Zentrum Griechenland verbunden:

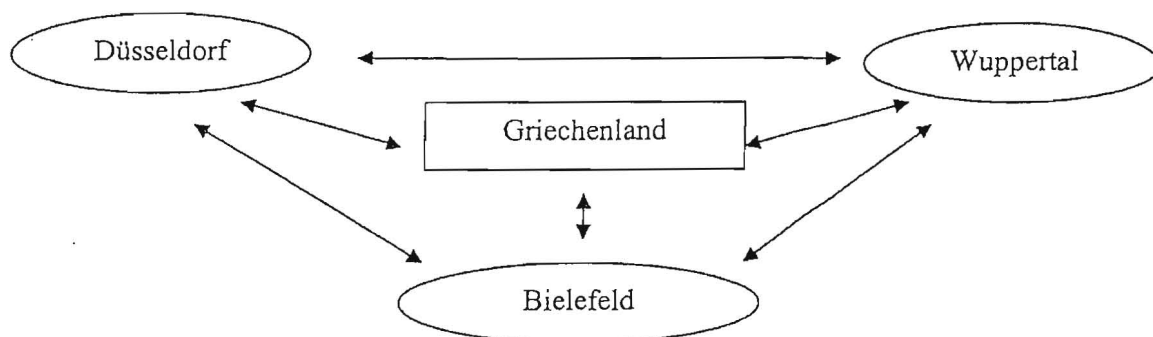


Abb. 1: Regionale, interregionale und überregionale Netze

Es sind also nicht die Schulgemeinden, die über die Mittel zur Deckung ihrer Bedürfnisse verfügen, sondern der griechische Nationalstaat.<sup>5</sup> Wenn diese Schulgemeinden die Möglichkeit haben, als Parallelgemeinden zu existieren und für die Bildungspolitik des Aufnahmelandes kein Interesse zu zeigen, ist dieses auf die bildungspolitische Unterstützung des Herkunftslandes zurückzuführen. Die jeweiligen griechischen Regierungen ihrerseits ermöglichen solche Entwicklungen, entweder weil sie davon überzeugt sind, einer guten Sache zu dienen, oder aber weil sie mit den Eltern als Wähler nicht in Konflikt geraten wollen. So sind sie schließlich politisch Teil der Parallelnetze geworden und darin verfangen.

Hinsichtlich der Interessen der Netzakteure ist zu unterstreichen, dass diese politischer und ideologischer Natur sind. Sowohl die aus den anderen Kolonieorganisationen kommenden Akteure als auch die aus Griechenland kommenden Politiker, die sich den diesbezüglichen Parallelgemeinden anschließen, profitieren politisch davon.

<sup>5</sup> Es ist zu unterstreichen, dass vom griechischen Staat jährlich ca. 50.000.000 € für die Bildung der griechischen Kinder im Ausland zur Verfügung gestellt werden. Von diesen 50.000.000 gehen ca. 40.000.000 nach Deutschland und von den 40.000.000 wiederum geht der größte Teil an die griechischen Privatschulen.

Anders verhält es sich bei den Lehrkräften, deren Rolle in den Parallelgemeinden mit materiellen Interessen verbunden ist. Die Existenz von griechischen Privatschulen sichert nämlich Arbeitsstellen ab, die mit aus Griechenland abgeordneten Lehrern besetzt werden.<sup>6</sup>

Aufgrund der bisherigen Analysen könnten wir also schließen, dass die Netzmitglieder durch ihre Teilnahme in den Netzen und ihre Aktivitäten auch eigenen Interessen dienen. Eine solche Schlussfolgerung hat jedoch ihre Grenzen, da die Interessen der verschiedenen Gruppen und Akteure nicht immer identisch sind. Dieses gilt insbesondere für die überregionalen Netze, die sich aus andersartigen, d.h. nicht homogenen Organisationen zusammensetzen. Für die Einrichtung, das Funktionieren und die Effektivität vor allem der überregionalen Netze ist daher auch eine gemeinsame Ideologie nötig.

Ideologische Fundierung und Legitimierung der Parallelnetze und ihrer bildungspolitischen Aktivität.

Dass die griechischen Parallelgemeinden und -netze eine entscheidende bildungspolitische Rolle spielen, dürfte deutlich geworden sein. Besonderes Interesse verdienen aber auch die Prozesse und der Inhalt der Legitimierung dieser bildungspolitischen Rolle. Dafür gibt es reiches Belegmaterial, welches im Rahmen des bereits erwähnten Projektes zusammengestellt worden ist. Aus Platzgründen soll darauf aber nur kurz eingegangen werden und der Legitimierungsprozess nur skizziert werden.

Wenn hier von Legitimierung die Rede ist, ist nicht die Legalität der Existenz der Gemeinden und Netze an sich gemeint – sie existieren legal, sowohl gemäß der deutschen als auch der griechischen Gesetzgebung – sondern die Legitimierung ihrer bildungspolitischen Aktivitäten, die auf den Erhalt der griechischen Privatschulen und des leichten Zutritts ihrer Absolventen zu den griechischen Universitäten abzielen. Die diesbezüglichen Argumente beziehen sich auf die Prävention möglicher negativer Folgen einer frühen Zweisprachigkeit und Assimilation, einer an Griechenland orientierten Einstellung der Eltern und der Rückkehrwunsch von Eltern und Kindern sowie den Erhalt der Tradition, der nationalen Identität und die Abwendung einer eventuellen kulturellen Entfremdung. Vor allem das letzte Argument scheint alle Gruppen und Akteure zusammenzuhalten und ihnen das Gefühl zu geben, dass ihre Mission und ihre Aktivitäten sowohl für die Kinder, die griechischen Gemeinden in Deutschland als auch für Griechenland nützlich seien.

---

6 Nach informellen Informationen profitieren manche der aus Griechenland abgeordneten Lehrer sogar doppelt aus den griechischen Privatschulen, in dem Sinne dass sie außer ihrem Monatsgehalt in Griechenland und in Deutschland ein drittes Gehalt dadurch verdienen, dass sie den Abiturienten Privatunterricht (Frodistirio) erteilen.

### Strukturelle und funktionale Charakteristika der Netze: vorläufige Ergebnisse.

Wenn man die bisherigen Analysen zusammenfassen und die strukturellen und funktionalen Charakteristika der Netze herausstellen möchte, so wäre folgendes festzuhalten. Eine Kolonie kann sowohl aus gleichartigen als auch aus unterschiedlichen Gemeinden und Organisationen bestehen, die integrativ oder segregativ arbeiten. Die auf Segregation zielenden Parallelgemeinden benötigen, um existieren zu können, eine gemeinsame Zielsetzung und Ideologie sowie ein Minimum an eigenen Ressourcen. Im Falle der griechischen Schulgemeinden werden diese zwei Voraussetzungen mit Unterstützung Griechenlands erfüllt.

Die Parallelgemeinden sind von manchen Institutionen der Aufnahmegesellschaft abgetrennt und isoliert, nicht aber von den entsprechenden Institutionen der Kolonie und der Herkunftsgesellschaft. Zur Erreichung ihrer Zielsetzung suchen sie Partner unter den Akteuren der Kolonie sowie unter den Politikern des Herkunftslandes, so dass nach und nach Netze entstehen, die aus Zentral- und Peripherielementen bestehen. Als Zentralelement des jeweiligen Netzes dient die Ursprungsgemeinde und als Peripherielemente die Gruppen und Personen, die nach und nach hinzugefügt werden.

Betrachtet man die strukturellen und funktionalen Charakteristika der Netze näher, so stellt man fest, dass sie unter folgenden Dimensionen subsumiert werden könnten:

- a) institutionell-strukturelle Dimension,
- b) geographische Dimension,
- c) ideologische Dimension,
- d) funktional-organisatorische Dimension.

Diese Dimensionen sollen am Beispiel der griechischen Schulgemeinden (Tabelle 1) diskutiert werden.

<b>Dimension</b>	<b>Entwicklungsinhalt</b>
institutionell- strukturell	Zentral- und Peripherielemente der Netze Verbindung der zentralen, strukturellen Elemente der Netze mit staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen/Strukturen Zusammenschluss gleichartiger Organisationen in Verbänden
geographisch	Aufbau von - regionalen Netzen - interregionalen Netzen - überregionalen Netzen
ideologisch	Ideologie des Nationalstaates ethnozentrische Ideologie



Dimension	Entwicklungsinhalt
funktional-organisatorisch	Zur Erreichung von bestimmten Zielen organisieren und funktionieren auf der Ebene von: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Elternvereinen</li> <li>- Parallelgemeinden</li> <li>- Regionalen und interregionalen Netzen</li> <li>- Überregionalen Netzen</li> </ul>

Tabelle 1: Dimensionen und Charakteristika der Netze

## a) Institutionell-strukturelle Dimension

Wie bereits erwähnt, ist das zentrale strukturelle Element des Netzes die jeweilige Schulgemeinde, die ihrerseits den Elternverein als Zentralelement hat. Der jeweilige Elternverein ist registriert und anerkannt und kann als legale Basis zum Netzaufbau dienen. Der institutionalisierte und legal arbeitende Elternverein verbindet die Netze mit Strukturen und Institutionen des Herkunfts- und Aufnahme Staates und kann zugleich neue Gruppen und/oder Personen in seine eigenen Strukturen legal einbeziehen.

Im Gegensatz zu den Zentralelementen der Netze sind jedoch die Peripherieelemente nicht immer durchsichtig und können nur von Insidern durchblickt und verstanden werden.

## b) Geographische Dimension

Gleichartige Gemeinden/Organisationen einer Region (z.B. Elternvereine der Volksschule, des Gymnasiums und des Lyzeums in einer Stadt) konstruieren ein regionales Netz, welches nach und nach mit Peripherieelementen bereichert und erweitert wird.

Zwei oder mehrere Netze von zwei oder mehr Regionen bauen dann ein interregionales Netz auf, welches in der Regel aus gleichartigen Organisationen besteht. Die interregionalen Netze tauchen als Verbände auf und sind somit institutionell gesichert und legalisiert.

Im Gegensatz zu den regionalen und interregionalen Netzen sind die überregionalen in der Regel nicht institutionalisiert und gesetzlich abgesichert, es sei denn, dass es ein Abkommen zwischen dem Herkunfts- und dem Aufnahme Staat gibt. Das Hauptcharakteristikum der überregionalen Netze ist, dass in ihnen Gruppen und Personen nicht nur aus den Kolonien, sondern auch aus dem Herkunftsland verwickelt sind.

## c) Ideologische Dimension

Der Zusammenhalt und der Aktionsplan eines Netzes – vor allem bei den überregionalen – werden durch eine klare Zielsetzung und eine gemeinsame Ideologie gesi-

chert. Die Ideologie ist unabdingbar vor allem für Netze, die aus verschiedenen Organisationen bestehen und somit von ihrer Zusammensetzung her nicht homogen sind.

Während also im Falle eines homogenen (d.h. aus gleichartigen Organisationen bestehenden) Netzes die gemeinsamen Interessen und Profiterwartungen für den Zusammenhalt des Netzes ausreichen, haben die heterogenen Netze außer der Zielsetzung eine Ideologie nötig.

In unserem Beispiel ist die Ideologie der Parallelgemeinden und -netze jene des Nationalstaates und des Ethnozentrismus. Diese Ideologie, gekoppelt mit bestimmten persönlichen Interessen und Profiterwartungen (wie z.B. leichter Zutritt der eigenen Kinder in die griechischen Universitäten), erzeugt eine aggressive Haltung gegenüber jeder Institution oder Person, die der Zielsetzung der Parallelgemeinden und Parallelnetze entgegentritt.

#### d) Funktional-organisatorische Dimension

Die Organisierung und die Funktion der Parallelgemeinden und der Parallelnetze werden hauptsächlich von der jeweiligen Zielsetzung bestimmt.

Zum Beginn der Einrichtung von griechischen Privatschulen (Schuljahr 1982/83) reichte z.B. ein Schulverein zur Förderung der Elterninteressen und der Schulangelegenheiten aus, weil die damaligen griechischen Regierungen ohnehin diese Schulform förderten. Dem Entstehen einer Schulgemeinde, das sachlich begründet war, folgte jeweils der Aufbau eines regionalen Netzes, welches die Schulgemeindegrenzen überschritt und der Etablierung der neuen Schulform dienen sollte. Als später die griechischen Regierungen an der Richtigkeit und der Effizienz dieser Schulen zu zweifeln begannen und sie durch das Gesetz 2413/1996 abzuschaffen versuchten, bauten die Eltern inter- und überregionale Netze auf, um damit eine politische Lobby zur Verteidigung ihrer Bildungsinteressen zu errichten.

Zusammenfassend könnte man sagen, dass die Entwicklung der Parallelnetze mit der Gründung eines einzelnen Elternvereins begann, um über den Aufbau von Parallelgemeinden sowie regionaler und interregionaler Netze in die heute bestehenden überregionalen Netze zu münden. Auf der anderen Seite dürfte ersichtlich geworden sein, dass die jeweilige Zielsetzung des Netzes mit einer bestimmten organisatorischen Struktur einhergeht. Heute benötigt man ein starkes überregionales Netz, um die Weiterexistenz der Privatschulen zu verteidigen und zu sichern. Vor zwanzig Jahren reichte ein Elternverein aus.

#### Schlusswort

Die Tatsache, dass die Entstehung und die Existenz von Parallelgemeinden und Parallelnetzen mit der Einrichtung und Zielsetzung der griechischen Privatschulen unmittelbar zusammenhängen, könnte zu der Annahme führen, dass eine eventuelle Än-

derung der Bildungspolitik des griechischen Erziehungsministeriums unmittelbare Folgen auf die Parallelgemeinden und Parallelnetze hätte.

Dies ist eine logische Annahme. Man soll aber auf der anderen Seite bedenken, dass ein Politikwechsel in Richtung Abschaffung dieser Schulen vor demselben Dilemma stünde wie 1996, als ein ähnlicher Versuch unternommen wurde und fehlgeschlug.

Heißt dies aber, dass es sich hier um eine ausweglose Situation handelt?

Das Ziel des Beitrags war es, die Entstehung, die Struktur und die Funktion von Parallelgemeinden und Parallelnetzen beispielhaft zu skizzieren. Um die Frage nach einer Veränderung der gegenwärtigen Situation beantworten zu können, müsste man weitere Faktoren in die Analyse einbeziehen und die Grenze der Parallelgemeinden und -netze überschreiten.

## Literatur

- BIELEFELDT, H./HEITMEYER, W. (2000): Konflikte um religiöse Symbole: Moscheebau und Muezzinruf in deutschen Städten. In: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung*, Heft 2, S. 250–265.
- BOOS-NÜNNING, U. (2002): Armut von Kindern aus Zuwandererfamilien. In: Butterwegge, C. (Hrsg.): *Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen*. Campus Verlag, Frankfurt/New York, S. 150–173.
- HECKMANN, F. (1981): *Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwanderungsminorität*. Klett-Cotta, Stuttgart.
- HECKMANN, F. (1991): Ethnische Kolonien. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, Heft 3, S. 25–41.
- HECKMANN, F. (1994): Ethnische Vielfalt und Akkulturation im Eingliederungsprozess. In: *Das Manifest der 60. Deutschland und Einwanderung*. Beck'sche Reihe, C.H. Beck München, S. 38–48 und 148–163.
- HEITMEYER, W./MÜLLER, J./SCHRÖDER, H. (1997): *Verlockender Fundamentalismus*. Suhrkamp, Frankfurt.
- KANAVAKIS, M. (1989): *Griechische Schulinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland*. Peter Lang, Frankfurt a. M.
- MÜLLER-MAHL, D. (2000): Ein ägyptisches Dorf in Paris. Eine empirische Studie zur Süd-Nord-Migration am Beispiel ägyptischer «Sans-papiers» in Frankreich. In: *IMIS-Beiträge*, Heft 15, S. 79–110.
- OBERNDÖRFER D. (2001): Integration der Ausländer in den demokratischen Verfassungsstaat: Ziele und Aufgaben. In: Bade, K.J. (Hrsg.): *Integration und Illegalität in Deutschland*. RFM, IMIS S. 11–29.
- ZOGRAFOU, A. (1982): *Zwischen zwei Kulturen. Griechische Kinder in der Bundesrepublik*. ISS Materialien 19. – Frankfurt.

- Γκότοβος, Α. (2002): Εκπαίδευση και Ετερότητα. Ζητήματα Διαπολιτισμικής Παιδαγωγικής. Μεταίχμιο, Αθήνα.
- Δαμανάκης, Μ. (1987): Μετανάστευση και Εκπαίδευση. Αθήνα.
- Δαμανάκης, Μ. (1988): Διερεύνηση των συνθηκών διεξαγωγής του Μαθήματος Μητρικής Γλώσσας για τα Ελληνόπουλα στην Ο.Δ. Γερμανίας: Κοινωνικοπολιτισμικές και μαθησιακές προϋποθέσεις των μαθητών και η στάση τους απέναντι στο Μάθημα Μητρικής Γλώσσας. Οτο: Επιστημονική Επετηρίδα του Παιδαγωγικού Τμήματος Δ.Ε. (Νρ. 1) Πανεπιστήμιο Ιωαννίνων, Ιωάννινα, σ. 11–272.
- Δαμανάκης, Μ. (1993): Ομογενείς φοιτητές σε Έλληνικά Πανεπιστήμια. Σμυρνιωτάκης, Αθήνα.
- Δαμανάκης, Μ. (1999α): Εθνοπολιτισμική Ταυτότητα και Εκπαίδευση στην Ελληνική Διασπορά. Οτο: Δαμανάκης Μ./Μιχελακάκη Θ. (επιμ.) (1999): Ελληνόγλωσση εκπαίδευση στο εξωτερικό. Πρακτικά Πανελλήνιου – Πανομογενειακού Συνεδρίου. Ρέθυμνο 26–28 Ιουνίου 1998. Ε.ΔΙΑ.Μ.ΜΕ, Ρέθυμνο, σ. 36–47.
- Δαμανάκης, Μ. (2001): Θεωρητική προσέγγιση της κοινωνικοποίησης των ελληνοπαίδων της διασποράς. Οτο: Βάμβουκας Μ./Δαμανάκης Μ./Κατσαμαλή Γ. (2001): Προλεγόμενα Αναλυτικού Προγράμματος για την Ελληνόγλωσση Εκπαίδευση στη Διασπορά. Ε.ΔΙΑ.Μ.ΜΕ, Ρέθυμνο, σ. 15–48.
- Δαμανάκης, Μ. (2003): Ελληνικά Σχολεία και Τμήματα Μητρικής Γλώσσας στη Γερμανία (1986–1998). Ε.ΔΙΑ.Μ.ΜΕ., Ρέθυμνο.
- Δερτιλής, Γ.Β. (2000): Ευρώπη. Δύο δοκίμια και τρία σχόλια. Εκδόσεις Καστανιώτη, Αθήνα.
- Κωνσταντινίδης, Σ. (επιμ.) (2001): Η ελληνόγλωσση εκπαίδευση στον Καναδά. Ε.ΔΙΑ.Μ.ΜΕ, Ρέθυμνο.
- Μιχελακάκη, Θ. (2001): Η εκπαιδευτική πολιτική της Ελλάδας για τα παιδιά των Ελλήνων μεταναστών στη Γερμανία (1975–85) Ε.ΔΙΑ.Μ.ΜΕ, Ρέθυμνο.
- Τάμης, Α. (2001): Ελληνόγλωσση εκπαίδευση στην Αυστραλία. Η σημερινή κατάσταση της Ελληνικής. Ε.ΔΙΑ.Μ.ΜΕ, Ρέθυμνο.
- Χασιώτης, Ι.Κ. (1993): Επισκόπηση της Νεοελληνικής Διασποράς. Βάννιας, Θεσσαλονίκη.